

kritisierung führt und im besten Fall einen Beitrag zur Professionalisierung des Dritten Sektor leisten kann. Die im deutschen Sozialkorporatismus so mächtigen Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, die großen Sportverbände oder der Bundesverband Deutscher Stiftungen entwickeln zwar eigene Publizitätsstandards, diese besitzen jedoch freiwilligen Charakter. Allgemein variieren die jeweiligen Standards zudem stark in ihrem Umfang. Wie der Initiative Transparente Zivilgesellschaft kann auch ihnen im Endeffekt keine relevante Breitenwirkung attestiert werden. Insgesamt veröffentlicht nur ein Bruchteil der deutschen Nonprofit-Organisationen hinreichend detaillierte Finanzdaten, die jeweilige Satzung beziehungsweise den Gesellschafter- oder

Genossenschaftsvertrag und kann damit als transparent bezeichnet werden.

Letztlich zeigen die Erfahrungen anderer Länder, dass eine Stärkung der Transparenz der als gemeinnützig proklamierten Organisationen durch politische Beschlüsse durchgesetzt werden muss. Verpflichtend sollte mindestens die Veröffentlichung von Basisinformationen sein: gemeinnützige Organisationen sollten ab einer gewissen finanziellen Ausstattung Auskunft darüber geben, wie sie organisiert sind, woher sie ihre Mittel beziehen und wofür sie diese einsetzen. Ein transparenter Dritter Sektor ist nur ein solcher, wenn dessen Organisationen nicht darüber bestimmen, ob relevante Informationen veröffentlicht werden oder nicht.



#### **Clemens Striebing**

ist Research Associate an der Hertie School of Governance und der Universität Heidelberg.

[clemens.striebling@csi.uni-heidelberg.de](mailto:clemens.striebling@csi.uni-heidelberg.de)



#### **Nina Kolleck**

ist Post-Doctoral Researcher an der Hertie School of Governance und der Universität Heidelberg.

[kolleck@hertie-school.org](mailto:kolleck@hertie-school.org)

*Klaus Harpprecht*

## **Die Glosse: Dank an Jean Jaurès**

Am Jahrestag der Europäischen Katastrophe werden wohl Sturzfluten von bewegten Worten auf uns herniedergehen. Wie wäre es, wenn sich die Oberhäupter der 1914-18 betroffenen Völker und Staaten an den Bildschirmen für eine Art weltweiter Schweigeminute vereinten, nein für zwei oder qualvolle fünf Minuten, in denen nichts, gar nichts geschieht? Nur die Zahlen der Opfer gezeigt würden, wie sie sich Kriegsjahr um Kriegsjahr steigerten?

Es wird nicht dazu kommen. Mag sein, dass darum ein vorausgehender Gedenktag nur beiläufig zur Kenntnis genommen wird, ein Tag, der vor allem die Franzosen und die Deutschen angeht: der 100. Jahres-

tag der Ermordung von Jean Jaurès, des Führers der französischen Sozialisten, am 31. Juli 1914 im Pariser Café Croissant in der Rue Montmartre. Das Verbrechen hätte die Franzosen und die Deutschen als eine grelle Warnung in letzter Stunde aufschrecken müssen – die Ankündigung just der Katastrophe, die der große Mann vorausgeahnt hatte. Raoul Villain hieß der nationalistische Fanatiker, der Jaurès erschoss. Als er 1919 endlich vor Gericht stand, wurde er – freigesprochen. Die Witwe sollte die Kosten des Verfahrens tragen. Fünf Jahre später wurden die sterblichen Überreste ihres Mannes auf Anordnung des Staatpräsidenten ins Pantheon überführt (gegen den Protest der Kommunisten).

Die französischen Sozialisten sollten Jaurès', vielleicht der bedeutendste Parteichef in ihrer Geschichte, gemeinsam mit den deutschen Sozialdemokraten gedenken. Er war, dank seines konsequenten Werbens für die Versöhnung der Nachbarn am Rhein, auch ein Märtyrer für die deutschen Genossen, die im August 1914 der Internationalität – nicht das geringste ihrer Prinzipien – durch ihr Ja zu den Krieganleihen den Rücken kehrten. Es macht nichts besser, dass auch die französischen Sozialisten ein paar Tage später den Internationalismus ablegten wie einen alten Kittel.

Die Debatte um das Erinnern an Jaurès geht der französischen Linken bis heute unter die Haut. Um sich die geistige Patenschaft des großen Mannes zu sichern, legte François Hollande einen Kranz am Jaurès-Monument in dessen Heimatstadt Carmaux (im Südwesten) nieder – eine Geste, die Jean-Luc Mélenchon, der Präsident der Vereinigten linken (Splitter-)Parteien zu einem konkurrierenden Blumengruß herausforderte – genau besehen eine Frechheit. Jean Jaurès darf als eine Art Vater des Reform-Sozialismus gelten. Die deutschen Genossen von einst beeindruckte es nicht über die Maßen, dass er sich schon früh über die »Ursprünge des deutschen Sozialismus bei Luther, Kant, Fichte und Hegel« originelle Gedanken gemacht hatte. Vergebens versuchte er ihnen den beinharten Marxismus auszureden, er verärgerte die Garde Bebel tief, als er 1899 dem moderaten Alexandre Millerand den Weg zu einer Koalition mit den Linksliberalen von Pierre Waldeck-Rousseau freigab. Vater Bebel, der sich – darin ein rechter Betonkopf – niemals auf ein Bündnis mit den »Bürgerlichen« einlassen wollte, hätte Jaurès am liebsten aus der Internationale entfernt. Der war Widerstand aus den eigenen Reihen gewohnt. Manche seiner Kameraden begehrten gegen seine klare Forderung einer Revision des Falles Dreyfus auf: weil der Verurteilte Offizier, ja ein

Bürgerlicher sei. Die Borniertheit war auch eine Genossin.

Der permanente Konflikt um die Reform- und Wandlungsfähigkeit zwischen den Orthodoxen und den Progressiven sorgte im französischen Sozialismus für eine Art Dauerspaltung der Partei (und der Gesellschaft), deren Grundlinien seit der Großen Revolution, im mörderischen Kampf zwischen den radikalen Jakobinern und den gemäßigten, weltoffenen Girondins erkennbar sind. Auf die Divergenz der beiden Flügel zielte Mélenchons Herausforderung. Die innere Zerrissenheit der Linken wollte Hollande mit seinem ersten Kabinett überdecken, in dem jede der (etwas heuchelnd sogenannten) »sensibilités« mit einem Pöstchen abgefunden wurde. Die Folge: eine verheerende Richtungslosigkeit, die vor allem die Ohnmacht des Präsidenten sichtbar machte und damit sein Ansehen in zuvor ungeahnte Tiefen abstürzen ließ. (Die Umkehrung der verheerenden Bilanz: Er hätte keine ganze schlechte Chance, wiedergewählt zu werden – mangels einer glaubwürdigen Konkurrenz.)

Er bekannte sich schließlich als »Sozialdemokrat« (was ihn noch 25 Jahre zuvor Kopf und Kragen gekostet hätte), und er raffte sich zur Ankündigung substanzieller Reformen auf. Damit war, damit ist höchste Eile geboten: angesichts der wachsenden Not im Lande, der Arbeitslosigkeit (vor allem unter den Jungen, die sich als eine »verlorene Generation« betrachten), der zunehmenden Anfälligkeit für eine Radikalisierung von rechts, durch den – nur scheinbar gezähmten – Front National der Marine Le Pen.

Hollandes Aufruf zu einer Kooperation im »Pakt der Verantwortung«, der die Vorzüge der deutschen Mitbestimmung nach Frankreich herüber zu holen versucht, um der bedrückenden Tradition der Sprachlosigkeit zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ein Ende zu machen (die Frankreich so teuer zu stehen bekommt), fand nur ein mattes Echo. Der Präsident

entschloss sich zu (nicht allzu üppigen) Steuererleichterungen für die Unternehmen, die neue Investitionen herbeilocken sollen, um dem Prozess der De-Industrialisierung Einhalt zu gebieten; er forderte eine Verbesserung der Berufsausbildung (das A und O moderner Wirtschaftspolitik), schließlich eine Verwaltungsreform, die eher einer Revolution gleichen würde: Sie böte mit der Abschaffung der Departements die Chance, das gewaltige Corps der Funktionäre zu dezimieren – und sie erlaubte damit den Gemeinden, den Regionen, dem Zentralstaat zum ersten Mal seit Menschengedenken eine Minderung der öffentlichen Ausgaben. Denn es ist, kein Zweifel, die übergewichtige Bürokratie, die den Fortschritt des Landes aufhält. Das Ziel aller Entlastungen: die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit einer der ältesten unter den Industriegesellschaften des Erdkreises. Reformsozialismus à la Jaurès

Hollandes neuer Premierminister, der gebürtige Katalane Manuel Valls, mag den drängenden Aufgaben etwas beherzter zuleibe rücken als sein bedächtiger Vorgänger. Nur: Gab ihm der Staatschef die Weisung, den Widerstand in der Parteilinken zu brechen – oder doch systematisch zu zermürben? Sorgte Hollandes zögernde Natur nicht auch bei seiner zweiten Regierung eine (allzu) ausgleichende Besetzung der Schlüsselämter? Michael Sapin, der Finanzminister, stammt aus der Schule des Sozialdemokraten Michel Rocard. Sein Kollege im Wirtschaftsministerium ist der herrisch nach oben strebende Arnaud Montebourg. Sapin will zunächst vor allem Budgetdisziplin erzwingen, Montebourg will Wachstum um jeden Preis. Er will die Abwertung des Euro und damit die Rückkehr zum bequemsten Trick aller einstigen Regierungen, ob links oder rechts,

die sich um die Minderung des Volksvermögens den Teufel scherten. Mario Draghi, der Chef der Europäischen Zentralbank – letztlich doch ein Sohn der italienischen Finanzpolitik? – scheint dieser Nachhilfe nicht völlig abgeneigt zu sein. Die Deutschen werden aufheulen. Sie wollen die Währung keinesfalls als Instrument der politischen Taktiker verschleifen lassen. Indes: Die Grenze wurde längst überschritten, nämlich mit der Schwemme billigen Geldes für die notleidenden Krisenländer und für die Banken, die sich selber den Boden unter den Füßen fortgewirtschaftet (und nichts daraus gelernt) haben.

Hollande wird es auf einen Bruch mit den Deutschen und ihrer Kanzlerin nicht ankommen lassen. Frau Merkel ist pragmatisch und flexibel, ihre Partner sind es erst recht. Die Deutschen brauchen die Partnerschaft eines starken Frankreich, wie die Franzosen ein stabiles Deutschland brauchen.

Jean Jaurès verstand die Notwendigkeit dieser Partnerschaft früher als alle anderen. Darum kämpfte er in seiner Zeitung *l'Humanité* gegen die verhängnisvollen Koalitionen: Frankreichs mit dem Zarenreich und – die Entente cordiale – Frankreichs mit Großbritannien; zum anderen die geradezu selbstmörderische Bindung des wilhelminischen Reiches an die zerfallende Donaumonarchie.

Der kluge und tapfere Mann Jaurès konnte nichts mehr aufhalten. Seine Zeitung wurde übrigens (mit angebrachter Diskretion) durch die elsässisch-lutherische Finanzfamilie Schlumberger gestützt: nicht der Deutschfreundlichkeit wegen, sondern im Zeichen der Dankesschuld des französischen Protestantismus für das Geschenk der Glaubensfreiheit durch die Revolution. Gegenwart der Geschichte.



### Klaus Harpprecht

ist Mit-Herausgeber dieser Zeitschrift, war u.a. Berater von Willy Brandt. Bei S. Fischer erschien zuletzt: *Arletty und ihr deutscher Offizier*.

2011 erhielt er nach 1966 zum zweiten Mal den Theodor-Wolff-Preis, nun für sein Lebenswerk.